



Österreichische
Gesundheitskasse



Noch vor der jetzt drohenden Krise des Gesundheitssystems in Folge der CoronaEpedemie verlagte der neue ÖGK-Chef „Gürtel enger schnallen“. Jetzt in der Coronaseuche zeigt sich, wie wichtig ein gut ausgebautes, öffentliches und solidarisch finanziertes Sozial- und Gesundheitssystem ist. Das hat uns geholfen, bislang besser als andere Länder gegen covid19 gerüstet zu sein. Daher darf das Sozial und Gesundheitssystem nicht weiter zerstört, sondern muss aufgrund der Erfahrungen mit covid19 ausgebaut werden. Die Konzerne, Banken, Versicherunge, Reichen und Vermögenden müssen, die in den letzten Jahren Milliarden an Gewinnen agehäuft haben, müssen dazu endlich beitragen: über eine wertschöpfugsbasierte Finanzierung von Steuern und Sozialtöpfen. Ausbau des Sozialstaates!

„Gürtel enger schnallen“ statt Patientenmilliarde

Durch Enteignung und Raub wird aus einem Plus der Gebietskrankenkassen vor der Kassenfusion in Höhe von 111 Millionen Euro ein gewaltiges Minus von 1,7 Milliarden Euro nach der Fusion zur neuen Gesundheitskasse (ÖGK) bis 2024. Die Folgen: Leistungskürzungen für die Versicherten, Entlastungen für die Unternehmer. Auf Kosten der Versicherten im Interesse der Wirtschaft.

Zuerst raubt die Kurz-Strache Regierung das Geld der Versicherten indem sie den Unternehmer- und ÖVP-Vertretern die Mehrheit in den Entscheidungsgremien der Sozialversicherung verschafft. Jetzt, unter Türkis-Grün, wird nichts dagegen getan, wenn der ÖGK-Chef ein Minus von 1,7 Mrd. Euro durch die Kassenfusion bis 2024 und ein "Gürtel enger schnallen" ankündigt. Aus der "Patientenmilliarde" der Türkis-Blauen Unsozialministerin Hartinger-Klein von der FPÖ wird eine fast doppelt so hohe Patientenbelastung. Also mehr Selbstbehalte, weniger Leistungen für die 7,2 Millionen Arbeiter- und Angestelltenversicherten.

Die AK vertritt 3,3 Millionen aktiv Arbeitende und hilft und erreicht Millionen von Pensionisten über den Konsument*innenschutz. Der ÖGB vertritt und erreicht 1,2 Millionen Mitglieder. Die Pensionist*innenverbände vertreten und erreichen rund 2,3 Millionen Menschen, die ja auch weiterhin Krankenversicherung bezahlen und besonders stark von Leistungskürzungen und Selbst-behalten betroffen sind und am wenigsten Einkommen haben. Den Rettungsorganisationen mit ihren Zehn-tausenden freiwilligen Mitarbeiter*innen und noch mehr Spender*innen drohen durch die Kassendefizite finanzielle Probleme oder ihren Patienten*innen bei z.B. Krankentransporten mehr Selbstbehalte.

All die Genannten können und müssen aktiv werden, die Menschen aufklären und ihnen die negativen Folgen der Kassenfusion bewusst machen. Sie können und müssen zum großangelegten Protest und Widerstand dagegen aufrufen und organisieren. Wozu zahlen wir jahrzehntelang Beiträge für AK-, ÖGB, Pensionistenverbände, Rettungsorganisationen, wenn dann, wenn es ernst ist, alles geschluckt und dagegen nichts getan wird?!! Raus auf die Straße - zum Parlament, zum Ballhausplatz, zur Industriellenvereinigung, zur Wirtschaftskammer!

Holen wir uns zurück, was nicht ihnen gehört!

Vorspann: 26.3.2020

Hauptartikel aus: Zeitung „Solidarität – unsere Chance“ Nr.146, 15. März 2020

<http://prosv.akis.at> * www.prodemokratie.com